

RS OGH 1997/6/24 1Ob179/97y

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.06.1997

Norm

ZPO §261 Abs6

Rechtssatz

Verneinte das Landesgericht Salzburg das Vorliegen einer wirksamen Gerichtsstandvereinbarung und sprach es demzufolge seine örtliche Unzuständigkeit aus und überwies die Rechtssache gemäß § 261 Abs 6 ZPO an ein anderes Landesgericht, dann darf dieses Gericht seine örtliche Unzuständigkeit wegen seiner Bindung an den Überweisungsbeschluß nicht mit der Begründung aussprechen, die Streitteile hätten "Bischofshofen" als ausschließlichen Gerichtsstand wirksam vereinbart.

Entscheidungstexte

- 1 Ob 179/97y
Entscheidungstext OGH 24.06.1997 1 Ob 179/97y

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1997:RS0107963

Dokumentnummer

JJR_19970624_OGH0002_0010OB00179_97Y0000_001

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at